

und Politik“ beschrieben werden. Eitler erscheint die Politisierung des Protestantismus wie des Katholizismus eher als „shared history“, denn als grundsätzlich voneinander unterschieden.

Im internationalen Teil wird betont, dass die Politisierung protestantischer Kirchen nicht nur ein deutsches Phänomen war, sondern sich auch in England, den skandinavischen Ländern oder auch beim tschechischen Theologen Josef Hromádka spiegelte. Das Ende des „konstantinischen Zeitalters“ war eine internationale Vorstellung, die sich in transnationale Entwicklungen des Kulturbruchs „1968“ einordnet.

Insgesamt repräsentiert der Band einige der Forschungen, die in diesem wichtigen Feld auf unterschiedlichen Ebenen durchgeführt wurden, kann aber nicht den Anspruch erheben, einen vollständigen Überblick zu leisten. Das Schwergewicht des Bandes liegt auf einer Politisierung des Protestantismus im Sinne einer politischen Geschichte und der Kontextualisierung ihrer Diskurse. Dies bedeutet eine Verengung, die sich nicht zuletzt in den Sektionen der Tagung abbildete. So wichtig die Fragen der Politisierung der Theologie, des Religionsunterrichts, die mediale Präsenz und Selbstüberschätzung dieser Politisierung und seine internationale Einbettung auch waren, so bleibt eine sozialgeschichtliche Fundierung doch offen. Die Wahrnehmungen, Deutungen und die Praxis der agierenden Protestanten bleiben seltsam ungefähr. So erscheint z. B. der Bereich der sozialdiakonischen Aktivität der evangelischen Kirche hier als schwarzes Loch. Die soziale Dimension der Kirche findet keine eigenständige Beschreibung. Themen wie die Geschichte der in den letzten Jahren in den Vordergrund drängende Randgruppenfürsorge (z. B. die Behandlung von Heimkindern oder von Behinderten) findet sich genauso wenig repräsentiert wie die Reaktion der Kirche auf die seit dem Beginn der 1970er Jahre spürbar werdende Individualisierung von Religion. War diese womöglich eine ‚entpolitisierende‘ Reaktion auf die normativierende Politisierung? Auf ein Manko wird zudem in den Beiträgen von Sven-Daniel Gettys, dem Statement von Detlef Siegfried und in der Schlussdiskussion hingewiesen: die mangelnde Unterscheidung der „Politisierung“ als analytische Kategorie oder als zeitgenössischer Kampfbegriff, der selbst einer Historisierung bedarf. Hier ist auch zukünftig noch viel Forschung zu leisten.

Trotz der erwähnten Abstriche angesichts der nur die Diskurse über die Politisierung des Protestantismus beschreibenden Beiträge in der Konzeptionierung des Bandes ist die-

ser letztlich ein Gewinn für die weitere Forschung. Er weist auf weiter existierende Defizite in der sozial- und zeitgeschichtlichen Erforschung des Protestantismus hin. Hier ist das Feld eröffnet.

Bochum

Uwe Kaminsky

Hansjörg Buss: „Entjudete“ Kirche. Die Lübecker Landeskirche zwischen christlichem Antijudaismus und völkischem Antisemitismus (1918–1950). Paderborn, Ferdinand Schöningh 2011, 559 S., kartoniert, ISBN 978-3-506-77014-1.

Im kollektiven Gedächtnis der Stadt Lübeck nimmt der Widerstand gegen den Nationalsozialismus einen prominenten Platz ein. Die Stadt erinnert an sich selbst mit dem, was ihr schmeichelt. Sie hat die Opponenten Willy Brandt, Julius Leber und Karl Friedrich Stellbrink mit Straßennamen geehrt und verbindet den schmerzlich empfundenen Verlust ihrer Eigenstaatlichkeit mit dem Hinweis auf souveränes politisches Verhalten: Weil die SPD- und Arbeiterhochburg „Nein“ zu Adolf Hitler gesagt und ihm 1932 kein Rederecht auf ihren Plätzen eingeräumt hat, habe dieser seinen Wahlkampfauftritt ins benachbarte Bad Schwartau verlegen müssen. Hitler habe die Hansestadt ob dieser Kränkung gehasst, sie nie wieder betreten und ihr 1937 den Freititel aberkannt. Mit dem Groß-Hamburg-Gesetz verlor die „Königin der Hanse“ ihre 700-jährige staatliche Unabhängigkeit und ein Drittel ihres Territoriums. Lübeck wurde der preußischen Provinz Schleswig-Holstein eingegliedert und ging nach dem Zweiten Weltkrieg als kreisfreie Stadt im gleichnamigen Bundesland auf. Landeshauptstadt wurde Kiel. Lübeck blieb bis zur Wiedervereinigung eine Stadt ohne Hinterland an der deutsch-deutschen Grenze.

In seiner Dissertation greift Hansjörg Buss diese Bausteine einer „Stille-Post-Geschichtsschreibung“ (zum Begriff: 341; zum Inhalt: 68) auf, bringt aber eine weniger rhetorische Seite ans Licht: „Unter staatlicher Protektion etablierte sich in Lübeck eines der radikalsten und unkirchlichsten Kirchenregimenter einer evangelischen Landeskirche im Deutschen Reich [...]. Leichter Hand wurden zentrale christliche Inhalte zugunsten einer vagen neuheidnisch-völkischen Religiosität geopfert, hinter der sich nichts anderes verbarg als die inhaltliche Verschmelzung mit der nationalsozialistischen Weltanschauung und die Überführung der Kirche in den NS-Staat.“ (351) Gemeinsames Ziel sei die „Entjudung“ (311) beider Bereiche gewesen zur „Schaffung

einer ‚judenfreien‘ Kirche in einem ‚judenfreien‘ Staat.“ (490) In der von Manfred Gaius betreuten Arbeit, die 2009 von der Geisteswissenschaftlichen Fakultät/Fachbereich Neuere Geschichte der TU Berlin angenommen wurde, sucht Buss diese These zu belegen und den christlichen Antijudaismus und völkischen Antisemitismus der Lübecker Kirchenleitung aufzuzeigen. Dafür beschreibt er ausführlich das protestantische Sozialmilieu der Travestadt und zeichnet den Weg der Landeskirche von der Weimarer Republik über die Zeit des Nationalsozialismus bis in die Nachkriegszeit nach. Obwohl innerhalb des Protestantismus ein „kirchenpolitisches Leichtgewicht“ (182), bildet die kleine Lübecker Landeskirche einen Mikrokosmos, an dem sich die institutionellen, personellen und mentalen Verbindungen von Politik und Kirche gut aufzeigen lassen, zumal Buss unter Kirche kein abgeschottetes System versteht, sondern eine mächtige Institution, die die Entwicklungen der Stadt geprägt hat (479). Nach Vorwort, Einleitung und Prolog steckt er darum in Kap. III–V zuerst die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen ab, zeichnet dann die Entwicklung der Landeskirche nach und bewertet schließlich ihre Rolle als gesellschaftlich bestimmender Faktor. So führt er aus der sonst üblichen binnenkirchlichen, kirchenkampfzentrierten Verengung hinaus, bezieht sozial- und kulturhistorische Aspekte ein und lässt auf der Basis eines umfangreichen, auch selbst recherchierten Quellenmaterials ein detailliertes Bild kirchlichen Lebens in der Hansestadt entstehen. Eine Zusammenfassung und ein ausführlicher Anhang mit Abkürzungs-, Quellen- und Literaturverzeichnis und Personenregister sowie Bildtafeln runden die Studie ab.

Den Anfang setzt Buss bei der Kriegsniederlage 1918 und den „protestantischen Traumatisierungen“ (102) der Weimarer Zeit (Kap. III: 51–183). Diese entzündeten sich an der verfassungsmäßigen Trennung von Kirche und Staat, hätten eine ablehnende Haltung der Moderne gegenüber nach sich gezogen und das Verhältnis der Kirche zur Republik negativ bestimmt. Zwar habe sich in Lübeck ein stabiler sozialdemokratischer Kern herausgebildet (62), der eine nationalsozialistische Durchdringung der Gesamtbevölkerung verhindert habe (189; die Zustimmung zum NS-Regime sei hier sogar so gering gewesen wie in keiner anderen Stadt), im Bürgertum, beim Militär, in der Verwaltung und Lehrerschaft sowie den „bewusst“ protestantischen Kreisen (der Begriff bleibt unterbestimmt) sei das Verhältnis zum Weimarer Staat aber angespannt geblieben (61). Viele Pastoren hätten mit ihren soldatisch-

heldischen Männlichkeitsidealen zu wenig Resonanz in der Landeskirche gefunden und sich zurückgezogen. Buss' Fazit: Als „Schutzmacht der Republik“ oder Hemmnis gegen Judenfeindschaft und Antisemitismus sei die Landeskirche ausgefallen (181.182). Für die Jahre 1933 bis 1945 (Kap. IV: 185–352) spricht Buss von einem „Lübecker Sonderweg“ (15) einer in zwei Lager zerfallenen Kirche. Auf der einen Seite herrschte das NS-Kirchenregiment, das über legislative und finanzielle Mittel verfügte, die kirchliche Verwaltung kontrollierte und antisemitisch ausgerichtet war. Es handelte sich um die vom NS-Staat oktroyierte Bischofsseite unter dem gebürtigen Berliner Erwin Balzer, der das Eisenacher „Entjudungsinstitut“ aktiv unterstützte und kirchenpolitisch dem radikalsten deutschchristlichen Spaltprodukt, der Nationalkirchlichen Bewegung Deutsche Christen, nahestand (14). Die fast „symbiotische“ Verschränkung von Senat und Kirche (36), wie sie in Lübeck über die Jahrhunderte gewachsen war, habe dabei die Selbstgleichschaltung begünstigt (483: „In keiner anderen Landeskirche war der direkte staatliche Eingriff derart ausgeprägt.“), doch hatte die Kirchenleitung in den Gemeinden keinen großen Einfluss und konnte das protestantische Kernmilieu zu keiner Zeit erreichen (484). Die Mehrheit der Lübecker Protestanten habe sich zur Bekennenden Kirche bekannt bzw. mit ihr sympathisiert, trotz allgemein antijüdischer Ressentiments (181) sogar weniger „Amtshilfe“ bei der Identifizierung von Juden und Judenchristen geleistet als anderswo (296) und sei zur Verteidigung ihrer Kirche auch vor Demonstrationen und zivilem Ungehorsam nicht zurückgeschreckt (347). So agierten in der Hansestadt zwei evangelisch-lutherische Kirchen nebeneinander, die zwar rechtlich und organisatorisch verklammert, mentalitätsgeschichtlich aber weit voneinander entfernt waren. Nach 1945 (Kap. V: 353–478) habe sich die Bekennende Kirche durchsetzen und einen „kompromisslosen Kurswechsel“ vornehmen können (469). Schnell und konsequent wie keine andere Landeskirche, Buss spricht erneut von einem „Sonderweg“, habe die Lübecker Landeskirche ihre „Selbstreinigung“ vollzogen und ein Viertel der Pastoren aus dem Amt geschickt (470): „Keine sechs Wochen nach der Besetzung Lübecks war der Machtwechsel an der Spitze der Landeskirche reibungslos [...] vollzogen und sämtliche kirchenleitende Gewalt an führende Repräsentanten der Bekennenden Kirche übergegangen.“ (381) Die Landeskirche, die im Unterschied zur Stadt bis 1977 eigenständig blieb, sei dabei zu einer moralischen Instanz herangereift, die der Be-

völkerung Halt gab und unter der Ägide des Danziger Pastors und Vertriebenenfunktionärs Gerhard Gülzow in der von Flüchtlingen überschwemmten Stadt eine ungeheure Integrationsleistung erbrachte.

Die Studie ist informativ, gut lesbar und gliedert übersichtlich das komplexe Material. Sie beleuchtet die Eigenheiten einer Stadt, die stolz auf ihre Vergangenheit sieht, den Herausforderungen der Zeit aber nicht immer wach begegnet ist, und zeigt blinde Flecken in ihrem Selbstbild auf. Der Verfasser berührt damit „ein schwieriges und sensibles Themenfeld“ und will zu einer „lebendigen, fruchtbaren und fairen Auseinandersetzung“ einen „Baustein“ (12) liefern. Das ist ihm mehr als einmal gelungen, etwa in der kritischen Würdigung des 1943 hingetrichteten Pastors Karl Friedrich Stellbrink, der nicht als „Märtyrer“ verehrt werden sollte, ohne um seine nationalsozialistische und antisemitische Einstellung zu wissen.

An anderen Punkten hätte man sich mehr Deutlichkeit gewünscht. Die zum Teil hyperbolischen Wendungen für widersprüchliche Bewegungen (War die Lübecker Landeskirche nun mehr als andere „radikalantisemitisch“, wenn sich ihre Gemeindeglieder doch wenig an Denunziationen beteiligten, auch sonst keine Landeskirche offiziell gegen die staatliche Judenpolitik protestierte [276] und ihre „Selbstreinigung“ derart schnell vollzogen wurde?) erschweren den Blick auf die tatsächlichen Besonderheiten. Vor allem der Titel der Studie verschleiert, was Buss doch eigentlich sichtbar machen will: das spannungsreiche, eben nicht nur einseitig antisemitische Profil einer in zwei Lager gespaltenen Kirche, deren spezifische Stärken und Schwächen er erarbeitet hat und die vermutlich doch erst deutlich werden, sobald Vergleichsarbeiten zu anderen Landeskirchen vorliegen.

*Kiel*

*Maike Schult*